

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

**Begruß- und Glückwünsche**  
Die Dresdner Nachrichten gratulieren dem Kaiser zum 30. Geburtstag und wünschen ihm ein frohes und gesundes Lebensjahr.

**Anzeigen-Zarif**  
Anzeige des Monats bis zum 1. d. M. 10 Pf. Sonntags bis zum 1. d. M. 15 Pf. Die einseitige Grundzeile (ca. 8 Zeilen) zu 10 Pf. Familien-Anzeigen aus Dresden 15 Pf. bis zweifelhafte (bis auf Textzeile 70 Pf.) die zweifelhafte (Reklameweile) 1,50 M. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einseitige Grundzeile 25 Pf. Familien-Anzeigen aus Dresden 15 Pf. Grundzeile 20 Pf. — Ausdrücke Aufnahme nur gegen Vorauszahlung. — Jedes Blatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

**A. F. Kegler & Co.,** Papierhandlung, Rosmaringasse 3, nahe Schlossstrasse.  
Grosse Auswahl in Filzfedern aller bewährten Systeme, sowie Goldfedern für jede Hand passend. Der Vorteil einer Goldfeder ist, dass sie sich selbst bei jahrelangem Gebrauch nicht abnutzt. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet. Reparaturen prompt und billigst.  
Gegründet 1828. • Fernsprecher 1662.

Hauptgeschäftsstelle:  
Markenstraße 38/40.

**Gegen Husten und Heiserkeit**  
**Menthol-Katarrh-Pastillen.**  
Glas 1 Mark. Nur echt mit Schutzmarke „Mutter Anna“.  
Versand nach auswärts.  
**Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.**

**WOLKEN**  
Seifen und Waschlupver  
Alleinige Fabrik: Ernst Gärtner, Radeberg  
Ges. gesch. W. Z. Nr. 97 409.

**Weihnachten!**  
Immerfort Neuheiten  
**Ebeling & Croener**  
Bankstrasse 11.

## Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter, 26 Prager Strasse 26.

### Für oilige Leser.

**Mutmaßliche Witterung:** Volkig, mild, zeitweise Niederschlag.

Richard Strauß' „Kriadne auf Naxos“ erhielt bei seiner gestrigen Erstaufführung im Königl. Opernhaus sehr freundlichen Beifall.

Die Zweite Kammer beendete gestern die Beratung des Gemeindesteuergesetzentwurfes, doch kam es zu keiner Gesamtabstimmung, da der § 31 an die Deputation zurückverwiesen wurde. Die Umsatzsteuer wurde mit 6 Prozent beschlossen.

An dem großen Deutschen Musikfest, das im Jahre 1913 anlässlich des Regierungsjubiläums des Kaisers in Berlin stattfindet, wird auch die Dresdner Hofkapelle mitwirken.

Ueber die Beratungen der Strafrechtskommission sind jetzt ausführliche Mitteilungen erschienen.

In Stettin begannen die Beratungen der neunten Deutschen Nationalkonferenz zur internationalen Bekämpfung des Mädchenhandels.

Der bayrische Verwaltungsgerichtshof hat entschieden, daß der Betrieb der Feuerbestattung in Bayern nicht als unzulässig angesehen werden kann.

Vor dem Universitätsgebäude in Wien wiederholten sich die Zusammenkünfte zwischen den deutschnationalen und liberalen Studenten.

Die Lage des englischen Kabinetts hat sich infolge der Tumulte im Unterhause verschlechtert.

In Konstantinopel wird amtlich bestätigt, daß sich Kiamil Pascha wegen Abschluß eines Waffenstillstandes und Einleitung von Friedensverhandlungen direkt an den König von Bulgarien gewandt hat.

König Ferdinand von Bulgarien wird voraussichtlich auf die Forderung des Einzuges seines Heeres in Konstantinopel verzichten.

Bei Haidar-Pascha ist, nach einer Pariser Zeitungsmeldung, ein Segelschiff mit Flüchtlingen gesunken; 200 Flüchtlinge sind ertrunken.

### Volksfürsorge.

An einem klugvollen Wort hat es der Sozialdemokratie noch nie gefehlt, wenn es galt, ihren Herrschaftsbereich auszudehnen, und so hat man auch diesmal ein human und populär klingendes Wort erdacht, um die inneren Beweggründe eines Unternehmens zu verschleiern, mit dem man die deutsche Arbeiterchaft in nächster Zeit beglücken möchte. Volksfürsorge, welch schönes Wort! Für die großen Massen des Volkes zu sorgen, für die Witwen und Waisen, für die Alternen, deren Erwerbsfähigkeit nachläßt, für alle will das neue Unternehmen sorgen in ganz uneigennützig Weise. Ebenso uneigennützig, wie heute schon die „freien“ Gewerkschaften und Konsumvereine für das Wohl ihrer Mitglieder sorgen.

Auf dem jüngsten Gewerkschaftskongress hat man sich mit der Frage der Volksfürsorge, d. h. mit der Bildung einer Volksversicherung, deren Träger die „freien“ Gewerkschaften und die Konsumvereine sein sollen, näher befaßt. Dabei hat der Berichterstatter Bauer folgendes ausgeführt: „Ich deutete schon an, daß man ja auch prinzipielle Bedenken gegen diese neue Unterstützungseinrichtung haben kann. Aber unsere gewerkschaftliche Erfahrung hat uns doch gelehrt, daß Unterstützungseinrichtungen nicht etwa ein Hemmnis für den Fortschritt der Organisation, sondern ein Ansporn und ein Kitt für sie sind. Erst seit Einführung der Unterstützungseinrichtungen haben sich die Gewerkschaften so glänzend entwickelt, erst dann sind sie kampffähig geworden, sind sie in den Besitz wirklicher großer Mittel gekommen, um die Niesenkämpfe, die sich heute entwickeln, führen zu können. Die deutsche Arbeiterbewegung hat im Anfang einen gewissen Widerwillen gegen die wirtschaftliche Betätigung gehabt. Es bestand eine gewisse Uebersehägung der politischen Betätigung, während wir in anderen Ländern vielfach eine Untersehägung der politischen Tätigkeit beobachten können. Wir müssen uns mehr wirtschaftlichen Einfluß verschaffen, denn ohne einen solchen ist kein politischer Einfluß zu haben. Von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich Sie, der Resolution auszustimmen.“ Und die Versammlung bekräftigt diesen Gesichtspunkt durchaus und stimmt zu. Wie ferner der sozialdemokratische Führer v. Elm mitteilte, rechnet man mit Bestimmtheit darauf, daß diese Volksversicherung am 1. Januar 1913 ihren Betrieb werde aufnehmen können.

Die Volksfürsorge der sozialdemokratischen Gewerkschaften und Konsumvereine ist also nichts als ein Glied der sozialistischen Unternehmungen, die darauf hinauslaufen, die Arbeiterchaft wirtschaftlich abhängig zu machen. Die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften und Konsumvereine ist schon heute ungeheuer. Man bedenke, daß im Jahre 1910 die sozialdemokratischen Gewerkschaften eine Einnahme von über 64 Millionen Mark hatten, 14 Millionen mehr als im Jahre 1909. Und der sozialdemokratische Zentralverband deutscher Konsumvereine, der im Jahre 1910 nicht weniger als 1 181 000 Mitglieder zählte und 18 023 Angestellte beschäftigte, erzielte einen Umsatz für rund 433 Millionen Mark, darunter 66 Millionen eigener Produktion. Diese wirtschaftlichen Organisationen sind die Grundmauern der sozialdemokratischen Partei, jetzt will man das Gebäude krönen durch die Volksversicherung. Auf dem diesjährigen landwirtschaftlichen Genossenschaftstag in Dresden hat Oberregierungsrat Dr. Rapp eingehend die Frage der Volksversicherung erörtert. Er hat dabei auch auf die ungeheure politische Bedeutung der sozialistischen Volksfürsorge hingewiesen. In der Tat leidet die bisherige wirtschaftliche Organisation der Arbeiterchaft an dem Fehler einer zu starken Dezentralisation. Der einzelne Arbeiter kommt nur mit der Gewerkschaft und dem Konsumverein seines Wohnortes zusammen, er wird sich der Einseitigkeit des sozialdemokratischen Wirtschaftskörpers nur selten bewußt. Hier soll die Volksversicherung eingreifen, sie soll die Millionen deutscher Arbeiter zusammenfassen. „Wohl ist es von Wichtigkeit für den Arbeiter“, so führte Dr. Rapp aus, „daß ihm seine Partei einen billigen Einkauf der Bedürfnisse seines täglichen Lebens ermöglicht, und ebenso bedeutungsvoll ist für ihn, wenn sie ihn in seinem Kampf ums Dasein zu fördern sucht. Aber eine weit größere Bedeutung hat die Partei für ihn, wenn er ihr seine Ersparnisse, seine Sorge für die Familie anvertraut hat. Dann gründet er seine und seiner Angehörigen ganze Existenz auf ihren Bestand, und mit der Vermehrung ihres Einflusses und ihrer Macht verfolgt er zugleich seine eigenen persönlichen Interessen. Einen Anhänger, der bei ihr versichert ist, wird die Sozialdemokratie schwerlich wieder verlieren.“

Mit größter Deutlichkeit hat sich das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission über Ziel und Zweck der sozialistischen „Volksfürsorge“ ausgesprochen. Es hat eine Umfrage im schlesischen Bezirk Waldenburg veranstaltet über die Beteiligung der Arbeiterchaft an bereits heute bestehenden privaten Volksversicherungen. Es kommt dabei zu ganz falschen Schlüssen und meint dann: „Was liegt

sich allein mit dem Gelde anfangen, das die Waldenburger Industriearbeiterchaft jährlich für Versicherungszwecke aufbringt... Hoffe das Geld in die Hände der Arbeiter. Und wieviel Größeres könnte erst geschaffen werden, wenn die Arbeiterchaft ganz Deutschlands frei über diese Riesensumme verfügen könnte? Ja, wahrhaftig, was ließe sich alles mit diesem Gelde anfangen, wenn die Sozialdemokratie über die Milliarden verfügen könnte, die durch eine allgemeine Volksversicherung konzentriert würden! Ein neues Heer sozialdemokratischer Beamter würde entstehen und dieses Heer von Agitatoren würde den sozialdemokratischen Gedanken in einer Weise fördern, die sich nur andeuten läßt. Die Riesensummen würden in Form von Hypotheken auch ihren Weg finden auf das platte Land, auch der kleine Bauer würde Geld erhalten können und somit rettungslos der Sozialdemokratie ausgeliefert werden. Die Sozialdemokratie würde eine ungeheure wirtschaftliche Macht erhalten, der auch der Mittelstand mehr und mehr ausgeliefert würde.“

Es genügt, darauf hinzuweisen, um zu begreifen, was für ein großes Verdienst um das Vaterland sich die Männer erwerben, die dieser Gefahr durch Gründung einer nationalen Volksversicherung vorbeugen wollen. Die vorzeitige Veröffentlichung dieses Planes durch das „N. Z.“ kommt einem nationalen Verrate gleich. Diese Veröffentlichung konnte nur den Zweck haben, den Plan zu vereiteln, und mit Behagen meldet jetzt dasselbe Blatt, daß die Lebensversicherungsgeellschaften bereits aus freien Stücken eine gemeinnützige nationale Volksversicherungsgesellschaft gegründet hätten, deren Aktienkapital auf mindestens 2 Millionen Mark festgesetzt sei. Man wird Näheres abwarten müssen, ehe man ein Urteil über diese Gründung fällen kann. Dadurch ist aber der Plan, eine große allgemeine nationale Volksversicherung zu gründen, absolut nicht überflüssig geworden, denn mit kleinen Mitteln ist nichts zu erreichen. Daß sich hier Vertreter aller bürgerlichen Parteien zusammengeschlossen haben, Fortschrittler, Nationalliberale, Konservative und Zentrumskräfte, muß zwar den Leuten auf die Nerven fallen, die vom Unfrieden des deutschen Bürgertums leben, uns aber dünkt es der Beginn einer besseren Erkenntnis zu sein. Hier handelt es sich in der Tat um praktische Samlungspolitik, um den Zusammenbruch des gesamten deutschen Bürgertums gegen die rote Gefahr. Wir wollen hoffen, daß der Ruf jener Männer ein hallendes Echo findet im deutschen Lande.

## Der Krieg auf dem Balkan.

### Die Türken bitten um Frieden.

Es wird jetzt in Istanbul amtlich bestätigt, daß sich Kiamil Pascha wegen Abschluß eines Waffenstillstandes und Einleitung eines Friedensverhandlungen direkt an den König von Bulgarien gewandt hat. Kiamil Pascha ist sich also klar darüber, daß die Türkei nicht mehr imstande ist, dem bulgarischen Ansturm zu widerstehen. Es wird nun alles darauf ankommen, ob Bulgarien so viel Mahnung annehmen wird, daß es auf die Eroberung Konstantinopels verzichtet. Ursprünglich haben die Bulgaren allerdings nicht die Absicht gehabt, als Sieger in Konstantinopel einzuziehen. Erst die allzudehrenden Erfolge der bulgarischen Armee haben diesen Gedanken aufkommen lassen. Es hat zweifellos etwas Bedenkliches für die Sieger, das alte Byzanz den Osmanen zu entreißen und damit die alte Säule der Christenheit zu fällen. Andererseits ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Türken Konstantinopel nicht ohne Kampf annehmen werden, selbst wenn die Eskadralflotte von den Bulgaren gestärkt werden sollte.

Berichten die Bulgaren auf ihren Einzug in Konstantinopel, so bringen sie ohne Frage ein Opfer, das nicht hoch genug angerechnet werden kann. Sie werden für dieses Opfer ein Äquivalent verlangen, und zwar die Uebergabe Adrianopels. Verheißt sich die Türkei hierzu, so bekunden sie damit, daß sie sich mit dem Verlust auf europäischen Besitz abgefunden haben, denn mit Adrianopel fällt das letzte Türkenbollwerk in Rumelien. Die nächsten Tage werden darüber Aufschluß geben.

### Die neue Vermittlungsaktion der Mächte

ist in die Form einer Anfrage gekleidet. Sie lautet: 1. Sind die Verbündeten bereit, eine Vermittlung der Mächte anzunehmen? 2. Unter welchen Bedingungen? Die Anfrage wird einzeln durch die Gesandten der Mächte überreicht werden. Ihre Beantwortung dürfte nicht so bald zu erwarten sein, da die Verbündeten höchstwahrscheinlich vorerst Zeit verlangen werden, um sich untereinander verständigen zu können.

In Paris wird berichtet, daß von den verbündeten Balkanstaaten als Bedingungen eines achtjährigen Waffenstillstandes die Uebergabe von Adrianopel, Monastir und Stulazi gefordert wird. Ferner soll die türkische Heeresleitung verabschieden, ihre Eskadralflotte weder durch Truppenzugang aus Asien, noch durch Besatzungsarbeiten zu verhängen.

Nach einer Meldung aus Sofia dürfte die Antwort der bulgarischen Regierung auf die Vermittlungsaktion der Mächte mit einem Danke für die Bemühungen der Mächte dahin lauten, daß Bulgarien es vorziehe, sich mit der Türkei direkt anzuspoken.

Die „Times“ heßen sich, daß England auf ein Zusammenarbeiten der verschiedenen europäischen Mächtegruppen mit Hinarbeit. Der ganze Zweck des sonnenamen europäischen Gleichgewichtes, so führt das Blatt fort, ist die kriegerische Entwicklung hinauszuhalten. Die britische Politik weiß die Unterstellung zurück, daß sie diese oder jene Gelegenheit dazu benutzen wolle, über ein über das andere Land herzufallen.

### Rußland und Serbien.

Eine Petersburger Zirkular der „Politischen Korrespondenz“ heßt sich, daß das Petersburger Kabinett nur der historischen Rolle des Zarenreiches treu bleibe, wenn es die Beziehungen der orthodoxen Balkanvölker unterstüze. Dieser diplomatische Beifall, so heißt es weiter, nimmt jedoch in keinem Punkte, somit auch nicht hin-